



# Verkauf der dänischen Antillen.

Washington, 25. Juli. Amtlich wird bekanntgegeben, daß die Vereinigten Staaten 2 dänisch Westindien für fünf Millionen Dollar Sterling gekauft haben, das sind 100 Millionen Mark.



# Abänderung der Preisordnung.

Berlin, 25. Juli. (W. T. S.) Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung vom 22. Juli betreffend Abänderung der Preisordnung vom 1. September 1900, wonach in weiterer Veranlassung der von England und den Vereinigten Staaten abweichend von der Londoner Erklärung über das Seefriedensrecht vom 26. Februar 1909 getroffenen Bestimmungen für den gegenwärtigen Krieg Abänderungen der Preisordnung und ihrer Sätze bestimmt werden.

Berlin, 26. Juli. Die Abänderung der deutschen Preisordnung bedeutet für unsere Unterseeboot-Dandelskriegführung im wesentlichen eine Vereinfachung des Verfahrens. Über die Neuerungen wird weiter berichtet: Die neue Preisordnung stellt Grundätze auf, die den deutschen Seeherrn angepaßt sind und gleichzeitig als Vergeltungsmäßregeln gegen England zu betrachten sind. Darin wird zunächst der Begriff der absoluten Kriegsunterhandlung wesentlich erweitert. In 30 Punkten wird im einzelnen angegeben, was als Kriegsunterhandlung anzusehen ist. Auch der Begriff der relativen Kriegsunterhandlung hat eine Erweiterung erfahren. Endlich sind die Voraussetzungen über den Begriff der feindlichen Bestimmung abgeändert worden. So ist die feindliche Bestimmung ohne weiteres als vorliegend anzusehen, wenn die Ware zur Abholung in einem feindlichen Hafen oder zur Abholung an die feindliche Streitmacht bestimmt ist, ebenso aber auch, wenn das Schiff nur feindliche Häfen anlaufen soll, oder wenn es einen feindlichen Hafen berühren und zur feindlichen Streitmacht fahren soll, bevor es den neutralen Hafen erreicht, wobei die Ware bestimmt ist, ohne Rücksicht auf den Bestimmungsort des Schiffes. Die feindliche Bestimmung ist anzunehmen, wenn die Sendung unmittelbar oder mittelbar an eine feindliche Behörde oder den Agenten einer solchen gerichtet ist sowie ferner an Erben oder an einen aus dem Schiffspapieren nicht ersichtlichen Empfänger oder unmittbar an eine Person, die sich im feindlichen und vom Reiche beherrschten Gebiet aufhält, oder während des gegenwärtigen Krieges Konten, die dem feindlichen Gebiet oder an eine feindliche Behörde geknüpft sind.

# England diktiert Holland!

London, 25. Juli. Die englische Regierung läßt melden: Der Umfang der Milchlieferungen durch die holländische Milchindustrie nach Deutschland hat bereits vor einiger Zeit einen Aufwärtstrend der britischen Regierung genötigt. Der britischen Regierung ist gut bekannt, daß ungeachtet neunzig Prozent der Heringe und ein beträchtlicher Teil der anderen Fische, die durch holländische Fischereifahrzeuge gefangen worden sind, direkt an die deutschen Einfuhrer verkauft werden. Die britische Regierung hat es daher für notwendig gefunden, eine Anzahl holländischer Fischdampfer, die sich in der Nordsee befinden, zu beschlagnahmen und die holländischen Fischereifahrzeuge in verbotenen Gewässern festzuhalten — eine Praxis, die von holländischen Fischern trotz Warnungen auch von ihrer eigenen Regierung beharrlich angewandt wird. Die britische Regierung erkennt an, daß diese Maßnahmen einige Härten enthalten. Sie hat deshalb ihre Bereitwilligkeit ausgedrückt, mit Vertretern der holländischen Fischereiersteller wegen Erleichterung der Lage sich zu beschreiben.

Nach einer dringlichen Meldung wurden durch die von England angeordnete Stilllegung der niederländischen Seeringerei 12.000 Menschen brotlos. Amsterdam, 25. Juli. Das Organ des Staatsministers Dr. van der Smissen, Dr. van der Smissen, stellt in einem Feuilleton die Frage, ob England die Pflicht habe, Holland in dieselbe Lage zu bringen, wie Griechenland. Es trete immer mehr zu Tage, daß England keine Blodade, wenn sein Vorteil es gerade noch lange, so einrichte, daß auch die Neutralen mit hungern müssen. Ohne den geringsten Schein von Recht habe England gegen die niederländische Fischerei auf der Nordsee Maßregeln ergriffen, die diesen Vertriebenen schaden und Holland eines Wohlstandsmittels berauben. Viel länger sei aber noch das laufende Anlegen, die ganze holländische Seeringerei gegen ein Entgelt stillzulegen zu lassen. So weit sei es bereits mit Englands Genehmigung für die kleinen Staaten gekommen, daß es wage, von den Holländern zu verlangen, daß sie ihr Recht um ein paar Silberlinge preisgeben. Man muß sich auf empören, schreibt das Blatt, daß dies nicht der erste und noch

weniger der letzte Schritt auf dem Wege zur Erniedrigung des holländischen Volkes ist. Wenn wir nicht auf kräftige Weise gegen, das wir unter Recht haben wollen, so wird die Anklage Englands immer größer werden, und wir werden in die Lage von Weichen geraten, die die Hand fassen, die sie auf schmachtvolle Weise gefaßt hat. Das Leben ist wichtiger als der Gehalt und die Ehre wichtiger als das Leben. Deshalb stellen wir mit Nachdruck die Frage, welche der einen anderen Markt geklopft hat: Was wird die Reaktion sein? Am 14. Juni, 25. Juli, 26. Juli, 27. Juli, 28. Juli, 29. Juli, 30. Juli, 31. Juli, 1. August, 2. August, 3. August, 4. August, 5. August, 6. August, 7. August, 8. August, 9. August, 10. August, 11. August, 12. August, 13. August, 14. August, 15. August, 16. August, 17. August, 18. August, 19. August, 20. August, 21. August, 22. August, 23. August, 24. August, 25. August, 26. August, 27. August, 28. August, 29. August, 30. August, 31. August, 1. September, 2. September, 3. September, 4. September, 5. September, 6. September, 7. September, 8. September, 9. September, 10. September, 11. September, 12. September, 13. September, 14. September, 15. September, 16. September, 17. September, 18. September, 19. September, 20. September, 21. September, 22. September, 23. September, 24. September, 25. September, 26. September, 27. September, 28. September, 29. September, 30. September, 1. Oktober, 2. Oktober, 3. Oktober, 4. Oktober, 5. Oktober, 6. Oktober, 7. Oktober, 8. Oktober, 9. Oktober, 10. Oktober, 11. Oktober, 12. Oktober, 13. Oktober, 14. Oktober, 15. Oktober, 16. Oktober, 17. Oktober, 18. Oktober, 19. Oktober, 20. Oktober, 21. Oktober, 22. Oktober, 23. Oktober, 24. Oktober, 25. Oktober, 26. Oktober, 27. Oktober, 28. Oktober, 29. Oktober, 30. Oktober, 31. Oktober, 1. November, 2. November, 3. November, 4. November, 5. November, 6. November, 7. November, 8. November, 9. November, 10. November, 11. November, 12. November, 13. November, 14. November, 15. November, 16. November, 17. November, 18. November, 19. November, 20. November, 21. November, 22. November, 23. November, 24. November, 25. November, 26. November, 27. November, 28. November, 29. November, 30. November, 1. Dezember, 2. Dezember, 3. Dezember, 4. Dezember, 5. Dezember, 6. Dezember, 7. Dezember, 8. Dezember, 9. Dezember, 10. Dezember, 11. Dezember, 12. Dezember, 13. Dezember, 14. Dezember, 15. Dezember, 16. Dezember, 17. Dezember, 18. Dezember, 19. Dezember, 20. Dezember, 21. Dezember, 22. Dezember, 23. Dezember, 24. Dezember, 25. Dezember, 26. Dezember, 27. Dezember, 28. Dezember, 29. Dezember, 30. Dezember, 31. Dezember.

Unterseeboot gegen Flugzeug. Berlin, 25. Juli. Amtlich. Am 24. Juli nachmittags wurde nördlich Zebrügge ein englischer Doppeldecker von einem unserer Unterseeboote abgeschossen und nach Niederlegen auf das Wasser gesunken. Die Insassen, zwei Offiziere, wurden von einem unserer Flugzeuge gefangenommen. Hiermit mußten ihrem Flugzeug ein Bomben-Lorbeerbusch beifügen und nach Zebrügge einbringen.

Die Schiffsbeflagelung in Portugal. Die Neue Zür. Zig. meldet die vorläufige Regierung hat 63 der 100 Schiffe abgenommen und die Beflagelung für die portugiesischen Flaggen festgenommen und sie mit portugiesischen Flaggen versehen.

Das Gold der Appam als Wente erklärt. Die Mäde hatte feinerzeit bei ihrer erfolglosen Fahrt auf dem englischen Schiffe Appam eine Ladung Gold erbeutet. Dieses Gold war bisher bei der Reichsbank aufbewahrt worden, ohne ihrem Goldbesitzer zuzurechnen zu werden. Das Urteil des deutschen Reichsgerichtes, das nunmehr auf Einlegung der englischen Appam eine Ladung erklärt. Die Reichsbank hat infolgedessen das beschlagnahmte Gold in Höhe von rund 730.000 Mark angekauft und ihren Kassen zugeführt.

Aus Irland. Wie über Holland gemeldet wird, ist die Spaltung im Lager der irischen Nationalisten endgültig vollzogen. Unter Ginnels Leitung bildet sich eine neue völlig unüberhörliche Frontpartei. Eine große irische Volksversammlung in Belfast hat beschlossen, jeden irischen Abgeordneten, der für den Home-Rule-Vertrag des Lords gegenstimmt, als einen Verräter an der irischen Sache zu erklären.

Amerika und Polen. New York, 24. Juli. Ausbruch des Weltkrieges vom 28. Juli. Die Presse erzählt aus Washington: Präsident Wilson wird wahrscheinlich an den Königen von England, den Präsidenten von Frankreich und an die Kaiser von Deutschland und Japan Sandbriefchen senden, in denen sie gebeten werden, auf Grund des Lebensmittels von Amerika auf die hungerrnde Bevölkerung von Polen geschickt werden. Wilson hat das Staatsdepartement gebeten, ihm den besten einschlägigen Weg anzugeben.

Friedensgebete in Dänemark. Kopenhagen, 25. Juli. Das kirchliche Oberhaupt, Bischof Christen, forderte die dänische Öffentlichkeit auf, beim Gottesdienst am kommenden Sonntag im Gebete dem Schönen der Menschheit nach Frieden auf Erden ein Andacht zu geben, und einen besondern Friedensgesang singen zu lassen.

# Politische Uebersicht.

## Friedensfundgebungen am 1. August.

Das Berliner Tageblatt schreibt: Der Reichstag hat in einem Brief die Frage aufgeworfen, ob nicht die von Nationalstaaten für den 1. August geplanten Veranstaltungen, Wasser auf die Mühle unserer Feinde liefern würden — wenn der Plan nicht inzwischen aufgegeben sei. Aus führenden Kreisen des Nationalstaatens sind uns dazu berichtet, daß natürlich niemand daran denken würde, die geplanten Veranstaltungen in letzter Stunde abzubrechen. Wer nur das bürgerliche Objektivität besitze, den Verlauf der Verhandlungen und die aneinanderstößenden programmatischen Erklärungen abzuwarten, werde sich überzeugen, daß die seitlichen „Bestimmungen“ der Welt völlig unbedeutend seien.

## Uldwische Kriegsziele.

In der Deutschen Tageszeitung läßt sich Graf Reventlow wieder einmal über seine und seiner Freunde Kriegsziele aus; besonders Nachdruck legt er dabei auf das künftige Schicksal Belgiens. Die „Garantien“, die er fordert, müssen „im machtpolitischen und wirtschaftspolitischen Sinne von Grund aus real sein“. Systematische Vereinbarungen und „gegenwärtige Antisystematiken“ werden abgelehnt. In Belgien dürfte man sich „ganz außerordentlich in der Annahme täuschen, daß das deutsche Volk, soweit es imstande ist, politische und nationale Realitäten zu begreifen, auch nur einen Augenblick daran denken könnte, diese in und nach dem Westen liegende Lebensfrage des Deutschen Reiches und Völkeres zu vernachlässigen. Jede Solche wäre eine Verneinung und ebenso jede Politik, welche diese Frage nicht als wirkliche deutsche Lebensfrage behandelte, oder aber sich durch Phantasmen und Doktrinen über das Wesen tatsächlich realer Garantie verführen ließe, oder sich mit mehr oder minder blinder Selbst darüber täuschte.“ Und etwas später:

„Was über die Wiederherstellung des belgischen Staates“ gerübt wird, hat uns nicht zu kümmern. Der belgische Staat, ein künstliches und unheilvolles Gebilde, ist in sich, hat nachdrücklich genug gezeigt, daß er auch in diesem Kriege nicht die Garantien geben konnte, deren Leistung die Voraussetzung seiner Existenzberechtigung war. Eine belgische Nation hat es nie gegeben und gibt es nicht.“

Welche Garantien aber Revention allein als „real“ gelten lassen will, ist ebenfalls nicht mehr als ein Wort mit seinen Freunden. Deren, die sich, ohne Einschränkung, verpflichten. Das „deutsche Volk“, das er bei diesem Plan hinter sich haben will, besteht dann gewiß aber nicht in seiner Phantastie.

## Ueberleitung in die Friedenswirtschaft.

Einer Nachrichtenstelle zufolge liegt den Bundesregierungen gegenwärtig der Entwurf einer Bundesratsverordnung zur Beobachtung vor, durch die eine Zentralstelle ins Leben gerufen werden soll für die Ueberleitung unseres Wirtschaftens von dem Kriegszustand in den Friedenszustand. Es handelt sich dabei in erster Linie um den Beschaffung aller für unsere Industrie notwendigen Rohstoffe und um die damit im Zusammenhang stehenden Fragen des Schiffraums und der Valuta. An der Spitze der Zentralstelle soll ein Reichskommissar für Uebernahmewirtschaft stehen. Die Ueberleitung des Wirtschaftens des Jahres am Kriegszustand gegenüber von Erörterungen in der Kommission für Handel und Gewerbe gesehen. Anknüpfung an eine Kommission des Verbandes deutscher Industrieller, die verschiedene Maßnahmen für die Beschaffung ausreichender Rohstoffe und für den Schutz der heimischen Erzeugung gegen die Auslandskonkurrenz in Vorschlag brachte.

## Unterstützung der Arbeitslosen in der Schuhindustrie.

Berlin, 26. Juli. Amtlich. Durch die Verordnung des Bundesrats, betreffend die Einschränkung der Arbeitszeit in der Schuhindustrie, in denen Schuhwerken hergestellt werden, ist für die Schuhindustrie eine ähnliche Lage geschaffen wie für die Textilindustrie, für die ähnliche Einschränkungen der Arbeitszeit angeordnet sind. In der Annahme, daß zufolge der Arbeitszeiteinschränkungen in der Schuhindustrie eine Erwerbslosenfrage in größerem Umfang notwendig werden wird, hat der Bundesrat am 24. Juli 1916 beschlossen, daß vom 1. August 1916 ab von dem Gesamtumfang der Gemeinde- oder Gemeindeverbände für eine Kürzung, die für Arbeiter, Angestellte und Gewerbetreibende der unter die Befristung vom 14. Juni 1916 fallenden Betriebe einschließt, auf das Beschäftigte der Fälle übernommen wird. Auf diese Weise können die Gemeinden und Gemeindeverbände, die sich an der Erwerbslosenfrage zu beteiligen und darauf hinzuwirken, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände sich der Unterstützungsbereitschaft annehmen. In Fällen, in denen Angehörige desselben Betriebes in mehreren Gemeinden zerstreut wohnen, werden die Gemeindeverbände, zweckmäßig die Einrichtung der Erwerbslosenfrage in die Hand zu nehmen haben, damit die Unterstützung für alle Vertriebsbezirke nach gleichen Grundsätzen erfolgt. Die von den Unternehmern und Arbeitern empfohlenen Unterstützungsmaßregeln sind als Anhalt dienen können.

## Der Wode-Erlass des preussischen Kultusministers.

In dem Kampf gegen die Auswüchse der Mode hat jetzt auch der preussische Kultusminister mit einem Erlass eingegriffen. In diesem Dokument wird u. a. gesagt: „Zur Förderung der Bekleidungen des Kriegsmilitärs, die weitere Ausbreitung der neuen Mode mit ihrem erhöhten Stoffverbrauch einzuhalten, ersuchen wir einen jeden in allen Schulen der weiblichen Jugend eindringliche Weisungen über die schädlichen Wirkungen dieser Mode in wirtschaftlicher und nationaler Beziehung erteilt werden. Die Ausführungen haben von der Betrachtung auszugehen, daß die Mode in dem neuen dem Stoffverbrauch einen ungesunden Wirtschaftsschlag die Unterbrechung der Zufuhr aller zu den Bedürfnissen des Lebens erforderlichen Rohstoffe aus dem Ausland betreiben. In diesen Rohstoffen gebären auch die für das Volkswirtschaftswesen. Wenn es nun auch nicht zweifelhaft ist, daß der Verkauf der Einfuhr von Gewerbebetriebsstoffen ein erheblicher Teil nicht vermindern kann, da die Rohstoffe und im Ausland gewonnenen Rohstoffe sowie die aus ihnen bereits erzeugten Warenmengen den bestehenden Bedarf ausreichen werden, so ist andererseits doch ein sparsameres Umgehen mit den Rohstoffen geboten.“ Diefen Erlassens entspricht die bestehende Wode nicht. Die Militärschulen haben sich in ihrem Kampf gegen die Mode nicht gerade Vorbeugen erlaubt, und der Kultusminister wird es nicht anders sehen. Die bestehenden Klassen kümmern sich um solche Ermahnungen sehr wenig, namentlich dann nicht, wenn der Kultusminister in seinem Erlass selber sagt, daß eine ernsthafte Not an Stoffen nicht zu befürchten ist.

## Aus der Schweiz.

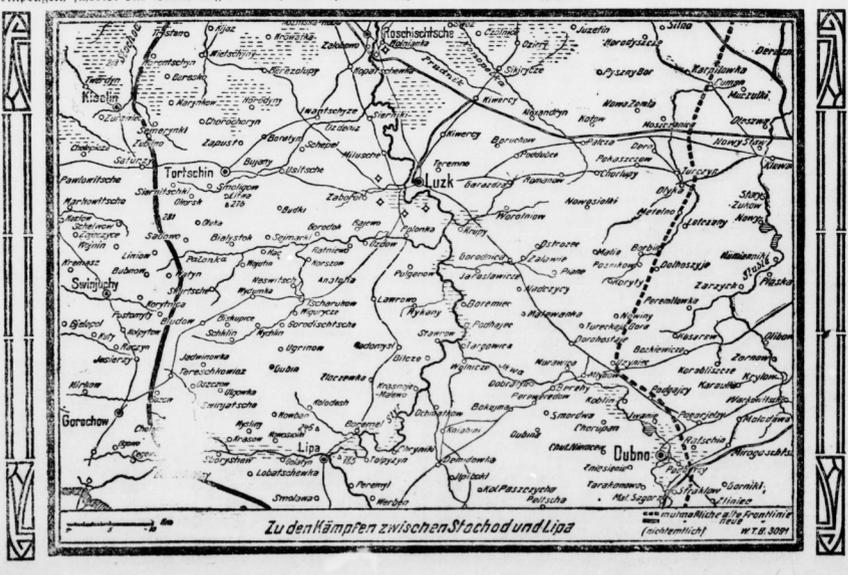
Das Schweizer Antiattributen auf Befestigung der Militärartillerie hat 1913/14 Interferenzen erhalten. Es hängt vom Bundesparlament ab, ob dem Gehehren durch Unterbrechung der Frage zur Beschäftigung Folge gegeben wird. Bei einem anderen Antiattributen auf Befestigung der Artillerie des Bundesrats hat der Ständerat Aufschub bis nach dem Kriege beschlossen, ebenso verfuhr das eidgenössische Parlament bei dem Begehren um Unterbrechung von Staatsverträgen unter das Referendum (die Volksabstimmung) und auf Verbot der Spielbanken. Die Zimmerwälder Richtung drängt allerdings darauf, daß diese Verträge nicht einträte, die damit begründet wird, daß während des Krieges die Eintritte des Schweizervolkes nicht gefordert werden soll.

# Amstägliche Brot.

## Günstiger Ernährungsstand.

In den Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt wird in eingehender Weise nachzuweisen versucht, daß der Ernährungsstand des deutschen Volkes als ersehnt und begehrt werden könne. Von Entbehrungen könne man nicht reden, höchstens von Einschränkungen. Diese Beschränkung führt man zu führen auf eine Einschränkung, die ein Vrat in einer weitestgehenden Zeitung veröffentlicht hat. Dieser Vrat erklärt, daß er an einem viele Tausende umschwebenden Beobachtungsmaterial aus allen Teilen der menschlichen Bevölkerung des Staats und Landkreises vom im vorerwähnten Alter irgendwelche Schädigungen der Gesundheit und Leistungsfähigkeit durch die Kriegsernährung nicht habe feststellen können und daß ihm ebensowenig abweichende Beobachtungen anderer Ärzte bekannt geworden seien. In den gleichen Ergebnissen sind, wie man sich leicht überzeugen kann, die Untersuchungen der Gesundheitsämter der Schulfinder in verschiedenen Bezirken angeheilt worden. Auch die — sehr geringen — Ziffern der allgemeinen und der Kindersterblichkeit zeigen keinen schädlichen Einfluß der Kriegszeit auf die Lebenskraft des Volkes. Weiter als alle Materialrechnungen zeigen diese Feststellungen, daß sich an manchen Orten ernährungsbedingte Mangelzustände vorfinden und wirksam beseitigen lassen.

Der gerade Raum und seine Umgebung als ein Gebiet angesehen werden darf, das als typisch für die Verhältnisse in Deutschland gelten kann, scheint doch recht zweifelhaft zu sein. In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse recht ganz anders. Und das ist nur unter der Voraussetzung, daß man sich nicht in unzutreffender, ganz zu schweigen von dem vorwiegend hausindustriellen Gegenden — und man wird bestatigt finden, daß Erwerbslose und Kinder in großer Zahl an Unterernährung leiden.



Zu den Kämpfen zwischen Stachod und Lipa







